



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

I/IX/265 - 23.11.1954

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 039 890

Hinweise  
auf den Inhalt:

Zum Verfahren gegen die KP	S. 1
Nach Montesi - die Affäre Sotgiu	S. 3
Wahlkampfmethoden in Hessen	S. 5

---

## KPD zur offenen Feldschlacht zwingen

W.P. Nach dreijähriger Vorbereitung begann am 23. November 1954 vor dem 1. Senat des Bundesverfassungsgerichtes in Karlsruhe die mündliche Verhandlung über den Antrag der Bundesregierung vom 22. November 1951 auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der KPD. Der Antrag stützt sich auf Art. 21 des Grundgesetzes, nach dem "Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik zu gefährden, verfassungswidrig" sind. Nach dem Antrag der Bundesregierung soll die KPD für verfassungswidrig erklärt und mit all' ihren Teilorganisationen aufgelöst werden. Es soll ihr verboten werden, Tarn- oder Ersatzorganisationen zu schaffen.

Über den totalitären und verfassungsfeindlichen Charakter der KP besteht wohl kaum ein Zweifel. Ihre Zielsetzung besteht, wie aus ihrem "Programm zur nationalen Wiedervereinigung" hervorgeht, in der Bekämpfung der demokratischen Ordnung in der Bundesrepublik und ihrer Ersetzung durch ein "volksdemokratisches" Regime. Dennoch sind von vielen ernsthaften Stimmen Bedenken geäußert worden, dass der Antrag gestellt wurde.

Es geht ja hier, von der rechtlichen Problematik abgesehen, allein um eine Frage der politischen Zweckmäßigkeit. Das Bundesverfassungsgericht kann nämlich, ist ein solcher Antrag erst einmal gestellt, nicht anderes tun als ein juristisch hieb- und stichfestes Urteil zu fällen. Für die Frage der politischen Zweckmäßigkeit und der politischen Folgen seiner Entscheidung ist es nicht zuständig. Daher ist es bedauerlich.

23.11.1954

dass die Bundesregierung seinerzeit aus Gründen des propagandistischen politischen Eindrucks den Antrag gegen die KPD gleichzeitig mit dem gegen die neofaschistische "Sozialistische Reichspartei" gerichteten Antrag ohne Beachtung der dagegen sprechenden Argumente der Opposition eingebracht hatte. Noch beklagenswerter jedoch erscheint die Tatsache, dass sie sich in der Zwischenzeit, vor allem nach dem Ausscheiden der Kommunisten aus dem Bundestag nach der Wahl am 6.9.1953, nicht entschließen konnte, den Antrag zurückzuziehen. Dem Vernehmen nach hat das Bundesverfassungsgericht, das sich über die möglichen politischen Folgen seiner Entscheidung klar ist, sich bemüht, durch Entsendung seines Präsidenten Dr. Wintrich zum Bundeskanzler, auf die sich aus der Durchführung des Prozesses ergebenden Konsequenzen aufmerksam zu machen, allerdings ohne Erfolg.

Wir stehen also vor der Entscheidung über ein Verbot der KPD. Nimmt man die Verhandlungen gegen die SRP als Anhalt, so wird mit dem Urteil erst im nächsten Jahr und mit einer eventuellen einstweiligen Verfügung erst nach den hessischen und bayerischen Landtagswahlen zu rechnen sein.

Es ist möglich, dass wir in Kürze das einzige Land im Westen sein werden, in dem die KP verboten ist. Werden wir innenpolitisch etwas dadurch gewonnen haben? Die Kommunisten haben erreicht, worauf sie sich seit Jahren vorbereiten, und womit sie in Zukunft ihre permanenten Niederlagen verschleiern können; den Zwang zur Illegalität und die Reaktivierung ihrer etwas arbeitsmüde gewordenen Parteikader zu konspirativer Arbeit.

Wahlverstanden, es geht hier nicht um die Frage für oder wider die KPD, sondern um ihre zweckmäßigste Bekämpfung unter Berücksichtigung aller politischen Konsequenzen. Unter diesem Gesichtspunkt erscheint das Bestehen der Bundesregierung auf ihrem Antrag gegen die KP, der das Bundesverfassungsgericht jetzt in die unerquickliche Lage bringt, ein Urteil fällen zu müssen, als eine politische Fehlentscheidung.

Kommunistischer Sittlichkeitskandal in Rom

PE - Rom, Ende November

Jetzt hat Italien einen neuen Riesenskandal, der die Affäre Montesi von den Schlagzeilen der Presse verdrängt hat. Diesmal aber handelt es sich nicht um einen christlich-demokratischen Ministersohn und nicht um einen kapitalistischen Geschäftemacher, sondern um einen prominenten Vertreter der Kommunistischen Partei. Die ganz besondere Pikanterie des Falles liegt darin, dass der Beschuldigte just in der Affäre Montesi als einer der eifrigsten Anprängerer der Sittenverderbnis in dem "bürgerlichen Milieu" des berühmten Jagdhauses Capocotta eine erhebliche Rolle gespielt hat.

Der Strafrechtsverteidiger Giuseppe Sotgiu zählt seit langem nicht nur zu den Leuchten des römischen Barreaus, sondern auch zu dem inneren Ring der kommunistischen Partei-Aristokratie, und als solcher bekleidete er bis vor wenigen Tagen die Würde eines Präsidenten der römischen Provinzialverwaltung. Als Anwalt des Journalisten Silvano Muto war er es, der die neuerliche Aufnahme der Untersuchung in der Sache Montesi ins Rollen brachte, indem er unerbittlich immer wieder auf die fragwürdigen moralischen Hintergründe dieser Affäre hinwies. Dieser Sachwalter der kommunistischen neuen Ordnung hat nun plötzlich zusammen mit seiner Frau die Flucht ergreifen müssen, da die römische Polizei bei der Aushebung einiger "Salons", in denen gewerbsmässig geheime Prostitution und Gelegenheitsmacherei betrieben wurde, feststellen konnte, dass Giuseppe Sotgiu mitsamt seiner Gattin zu den Stammkunden dieser "Salons" gehört hat. Die Einzelheiten der Vorgänge, die sich bei diesen Anlässen dort abgespielt haben, entziehen sich der Wiedergabe.

Die Tatsache, dass Giuseppe Sotgiu Hals über Kopf mitsamt seiner Frau seine römische Wohnung verlassen hat und seither nicht wieder zum Vorschein gekommen ist, spricht mehr als alles andere für seine Schuld, zumal da es sich ja hier um einen hervorragenden Juristen handelt, dessen Flucht bestimmt nicht mit kopfloser Verwirrung erklärt werden kann. Von seinem Versteck aus hat Sotgiu mittlerweile

23.11.1954

brieflich sein Amt als Präsident der Provinzialverwaltung und seine Mitgliedschaft im Vorstand der Anwaltskammer niedergelegt.

Die Kommunistische Partei hat Sotgiu sofort fallen gelassen wie ein heißes Eisen. Die Parteileitung beschloss, kaum dass die Anschuldigungen gegen ihn bekannt geworden waren, seine "Suspendierung" von allen Funktionen und von der Parteimitgliedschaft, was praktisch seinem Ausschluß gleichkommt. Damit konnten Togliatti und Genossen freilich nicht verhindern, dass die Affäre Sotgiu in ganz Italien den stärksten Eindruck hervorgerufen hat, und dass die psychologische Wirkung der unappetitlichen Angelegenheit dem Ansehen der Kommunistischen Partei höchst abträglich ist. Dies umso mehr, als beinahe gleichzeitig eine andere Affäre aufgefliegen ist, die ebenfalls danach angetan ist, die Aureole moralischer Lauterkeit, in der sich die italienischen Kommunisten bisher zu sonnen liebten, gründlich anzuschlagen.

Im Zuge einer Strafuntersuchung stellte sich nämlich heraus, dass eine findige Großfirma mit den Gemeindeverwaltungen zahlreicher Städte in der Toskana höchst vorteilhafte Pachtverträge abgeschlossen hat, wobei sie systematisch sehr bedeutende Summen als Bestechungsgelder an die diversen Parteikassen abgeführt hat. Auf der Liste dieser Bestechungsgelder aber steht die Kommunistische Partei unter den Empfängern bei weitem an erster Stelle. Man hat somit jetzt endlich den Nachweis dafür in der Hand, was man bisher nur vermuten konnte - dass nämlich materielle Korruption und sittliche Verfehlungen auch im kommunistischen Lager zu finden sind, und dass somit den Genossen um Togliatti die Rolle der unbestechlichen Sittenrichter schlecht ansteht.

+

+

+

- 5 -

"Frau von Heute" auf dem Absterbeetat?

Der "Frau von Heute", die einzige in der Sowjetzone erscheinende Frauenzeitung mit einer Auflage von mehreren hunderttausend Exemplaren, ist jetzt eine Kürzung ihres Papierkontingentes angekündigt worden. Auf ihren Protest erhielt sie die Mitteilung, dass es "politisch wichtigere und bedeutsamere" Zeitungen und Zeitschriften gebe. Das Organ des SPD ist seit langem heftigsten Angriffen ausgesetzt, da es zu starke Konzessionen an den unpolitischen Geschmack mache. Der Umfang der Zeitschrift ist zunächst auf acht Seiten reduziert worden.

+

+

+

-5-

### Auf Goebbels Spuren

F.S. Frankfurt

Für die hessischen Oppositionsparteien fällt es schwer an den Leistungen der Regierung Zinn sachliche Kritik zu üben. Gerade deshalb aber wird der Wahlkampf sehr gehässig geführt. Die vom Bundeskanzler im Bundestagswahlkampf 1953 kreierten Methoden der Verleumdung des politischen Gegners (siehe Fall Schroth und Scharley) werden auch im gegenwärtig auf dem Höhepunkt befindlichen Wahlkampf in Hessen wieder angewendet. Dabei ist nicht die Sozialdemokratie der Anregung Adenauers gefolgt, unbeweisbare Behauptungen aufzustellen, - wenn sie dem Gegner nur schaden - sondern vor allem die FDP.

Schon vor Wochen fing diese Partei mit einer systematischen Irreführung der Wählerschaft an. Ihr Landesvorsitzender August Martin Euler und der in Wiesbaden beheimatete Bundeswohnungsbauminister Dr. Preusker behaupteten, der nicht wegzuleugnende Wiederaufbau Hessens sei nicht etwa der Hessischen Landesregierung zu danken, sondern ausschließlich das Verdienst der Bonner Bundesregierung. Mit einer kaum glaublichen Unverschämtheit jonglierte die FDP mit undurchsichtigen, teils erfundenen, teils völlig falsch errechneten Zahlen umher und prägte das Schlagwort: Hessen hat nur jede zehnte Wohnung gebaut, der Bund jeweils die übrigen neun.

### Zerrissenes Lügengewebe

Nachdem dieser Wahlschlager schon von der Bevölkerung ziemlich ungerührt hingenommen worden war, weil sich niemand für das neckische Spiel um die Herkunft der Mittel für den Wohnungsbau interessierte, wurde das Lügengewebe auch noch vom Hessischen Innenminister Heinrich Zinnkann in einer Landtagssitzung, die vom Hessischen Rundfunk übertragen wurde, zerrissen, so dass nichts mehr davon übrigblieb. Gleichzeitig fielen auch die übrigen FDP-Schlager, die da lauteten: Hessen ist ein Zuschussland des Bundes, Hessen hat das geringste Steueraufkommen, Hessen hat die höchsten Verwaltungskosten, in nichts zusammen. Der hessische Finanzminister Dr. Troeger konnte an Hand konkreten Zahlenmaterials beweisen, dass keine dieser Behauptungen stimmte. Die FDP hatte auch hier wider besseres Wissen mit falschen Zahlen gearbeitet. So hatte sie beispielsweise den Geldern, die dem Land Hessen vom Bund zufließen, sämtlich Zahlungen, die der Bund in Hessen zu leisten hat, u.a. Besatzungskosten, Gehälter für Bundesbehörden, die in Hessen ihren Sitz haben und ähnliches hinzugerechnet. Bei Zugrundelegung der richtigen Zahlen zahlt Hessen mehr an den Bund als es von diesem zurückerhält.

Nachdem diese Methode der bewußten Irreführung und Volksverdummung bei der Bevölkerung nicht zog, griff man zu stärkeren Mitteln. "Wissen Sie, dass in der Landesregierung ein Zuchthäusler sitzt", tönte es plötzlich aus einigen Lautsprecherwagen der FDP. "Staatsminister Heinrich Fischer mußte 3 1/2 Jahre wegen Landesverrats im Zuchthaus trummen. Heute baut dieser Mann Dorfgemeinschaftshäuser".

### Nach üblen Goebbelsmethoden

Hier ist die Parallele zu der Art und Weise, wie die Nationalsozialisten vor 1933 arbeiteten, um den demokratischen Staat zu unter-

nöhlen. Minister Fischer, der wegen seines aktiven Widerstandes gegen die nazistische Gewaltherrschaft von den Trägern des Unrechtstaates durch Zuchthäuser und Konzentrationslager geschleppt worden war, wird von den gleichen Leuten verunglimpft, deren Parteifreunde in Nordrhein-Westfalen engste Bindungen zu dem ehemaligen NS-Staatssekretär Dr. Naumann unterhalten haben. Hier wird offensichtlich nicht nur eine Verleumdung übelster Sorte in die Welt hinaus posaunt, um den politischen Gegner vor der Wählerschaft herabzusetzen, sondern es wird gleichzeitig jenen unverbesserlichen Elementen Vorschub geleistet, die es als ihre Aufgabe ansehen, die parlamentarische Demokratie in Deutschland zu unterminieren. Das Andenken an die Männer und Frauen des Widerstandes von 1933 bis 1945, das die einzige moralische Rechtfertigung des ganzen Deutschen Volkes für diese Zeit bildet, wird hier in den Schmutz gezerrt.

Die CDU bemüht sich, hinter ihrem Wahlbündnispartner nicht zurückzustehen. Schon bei dem falschen Zahlenspiel über Wohnungsbau, Verwaltungskosten etc. ließ sie der FDP eifrig Schützenhilfe. In einer großen Anzeigenaktion in den Hessischen Tageszeitungen, die von einer Tarngesellschaft der bürgerlichen Parteien betrieben wird, taucht die zweite verdächtige Parallele zu NS-Promi-Methoden auf. In einer Anzeige dieser Gesellschaft, die sich sinnigerweise "Gesellschaft zur Förderung des Wirtschaftsfriedens" nennt, fanden die erstaunten Leser eines Tages ein Bild aus der Ostzone. Zwar war es nicht neu, denn es wurde von einer englischen Bildagentur bereits während der Berliner Konferenz als Archivbild angeboten, doch wurde es im Text als hochaktuell bezeichnet. Dieses Bild zeigt einen Sowjetsoldaten, der nach einem deutschen Mädchen greift. Der Text ist ein einziger Apell an das Gefühl, ein Aufruf an Ressentiments. Sinngemäß fragt die Anzeige, ob die Hessen wollen, dass auch ihre Frauen und Töchter den Rotarmisten ausgeliefert werden. Sinngemäß wird auch unterstellt, dass alle diejenigen, die gegen die Wiederaufrüstung sind, dies wollten.

#### Im Stil des "Stürmers"

Der nüchterne Betrachter fühlt sich unangenehm an den "Stürmer" des Herrn Julius Streicher erinnert. Bild und Text, Art und Weise der ganzen Aufmachung dieser Wahlkampfanzeige unterscheiden sich in nichts von den Machwerken der Goebbelsjünger. Das Furchtbare daran ist nur, dass es sich dabei um keine böse Erinnerung aus dem Jahre 1953, sondern um ein in der Bundesrepublik des Jahres 1954 erzeugtes Pamphlet handelt.

Die Erklärung für diese Versuche, die Wählerschaft irrezuführen und den politischen Gegner zu verleumden ist nur in der Tatsache zu suchen, dass die hessischen Oppositionsparteien den Leistungen der sozialdemokratischen Landespolitik keine sachliche Kritik entgegenzusetzen haben. Sie können nicht leugnen, dass rund eine viertel Million Wohnungen gebaut worden sind. Deshalb behaupten sie dreist, 90 % davon hätte der Bund gebaut. Sie können auch nicht wegdiskutieren, dass der hessische Wirtschaftsminister sich ob seiner Schaffenskraft und seiner Leistungen eines großen Ansehens erfreut. Also nennen sie ihn einen Zuchthäusler.

Die Entscheidung darüber, ob Menschen eines solchen Niveaus und solchen politischen Stils zukünftig in Hessen regieren sollen, oder jene bereits bewährten Männer und Frauen, die das Landesschicksal seither gestaltet haben, hat nun der Wähler.